



MEDIENINFORMATION

Fachstelle für Gesellschaftsfragen – Regierung beantragt Leistungsauftragserweiterung

Die Fachstelle für Gesellschaftsfragen soll vom kommenden Jahr an themenspezifische Aufgaben in den Bereichen Jugend, Familie und Integration wahrnehmen. Im Rahmen des Voranschlages 2009 unterbreitet die Nidwaldner Regierung dem Landrat eine entsprechende Leistungsauftragserweiterung für das kantonale Sozialamt. Sie rechnet mit Kosten von 155'000 Franken.

Soziale und gesellschaftliche Probleme beschäftigen auch den Kanton Nidwalden. Beispielsweise haben sich die Kinderschutzmassnahmen innerhalb von fünf Jahren verdoppelt. Themen wie Jugendgewalt oder Vandalismus werden kontrovers diskutiert und lösen in der Bevölkerung Ängste aus. Die Öffentlichkeit hat die jährlich steigenden Folgekosten dieser Probleme in Form von Sozialhilfe, Fremdplatzierungskosten, IV-Renten oder Strafvollzugsmassnahmen zu tragen.

Die Nidwaldner Regierung ist überzeugt, dass mit wirkungsvoller Prävention die Folgekosten sozialer Probleme reduziert werden können. Während der Bund und beinahe alle Kantone erfolgreich präventive Angebote in den Bereichen Gesundheit, Jugend und Integration initiieren und fördern, kümmert sich im Kanton Nidwalden keine Stelle aktiv um Jugendförderung, Integration und Familienpolitik. Im Rahmen des Voranschlages 2009 beantragt die Nidwaldner Regierung aus diesen Gründen dem Landrat die Schaffung einer Fachstelle für Gesellschaftsfragen als Leistungsauftragserweiterung für das kantonale Sozialamt.

Die Umsetzung von Projekten, die präventiven Charakter aufweisen oder der Lösung von gesellschaftspolitischen Fragestellungen dienen, soll dereinst die Kernaufgabe der neu zu schaffenden Fachstelle darstellen. Sie soll zudem die kantonale Verwaltung, die politischen Gemeinden sowie die Schulgemeinden in gesellschaftspolitischen Fragestellungen beraten, die Koordination mit dem Bund, mit Fachstellen, regionalen und nationalen Fachgruppen sicherstellen sowie für die Informations- und Wissensbeschaffung in den einzelnen Fachbereichen zuständig sein. Mittels Projekten und Kampagnen soll die Fachstelle einen Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung für gesellschaftspolitische Fragestellungen leisten. Sie erarbeitet Massnahmen zur Umsetzung der familienpolitischen Leitsätze und

vollzieht die kantonalen Aufgaben gemäss dem Bundesgesetz über die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung.

Die Bündelung der Fachkräfte in einer Fachstelle für Gesellschaftsfragen ermöglicht die Nutzung von Synergien und verhindert eine Ansammlung von Kleinpensen in verschiedenen Fachstellen. Die Regierung beantragt dem Landrat ein Stellenpensum von 140 Prozent. Die Fachstelle soll mit zwei Fachpersonen besetzt werden. Für Personal und Infrastruktur wird mit jährlich anfallenden Kosten in der Höhe von 155'000 Franken gerechnet. Die Fachstelle wird in die Organisationsstruktur des kantonalen Sozialamtes eingebettet und vollumfänglich vom Kanton getragen. Der allfällige Zusammenschluss in eine gemeinsame Fachstelle mit dem Kanton Obwalden sowie die Eingliederung weiterer Fachbereiche wie Gesundheitsförderung, Gleichstellung von Mann und Frau oder Alter und Behinderung ist durch die Organisationsstruktur gewährleistet.

Die Vernetzung der Gemeinden mit der Fachstelle wird über die kantonale Sozialkommission sichergestellt, der Vertreterinnen und Vertreter der Sozialbehörden der Gemeinden angehören.

Der Landrat wird im Rahmen der Debatte um den Voranschlag 2009 im Herbst 2008 über die Leistungsauftragserweiterung befinden.

RÜCKFRAGEN

Landammann Dr. Leo Odermatt, Gesundheits- und Sozialdirektor, Telefon 041 / 618 76 00

Stans, 20. August 2008